



Der Ausländerbeirat



HESSENS MITTE • WISSEN  
WIRTSCHAFT & KULTUR

Kreisgremien und  
Öffentlichkeitsarbeit  
Markéta Roska  
Gebäude F, Raum F207  
Riversplatz 1-9  
35394 Gießen  
Telefon 0641/9390-1790  
marketa.roska@lkgi.de  
www.lkgi.de

Az.: ABR/MR

Gießen, den 27. September 2013

## NIEDERSCHRIFT

über die 21. Sitzung des Ausländerbeirates des Landkreises Gießen  
am 27.08.2013

Konferenzraum 1, Zimmer Nr. F212, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen

Zu dieser Sitzung wurde mit Einladungsschreiben vom 07.08.2013 eingeladen.

### Es sind anwesend:

#### Kreisausländerbeirat

Melek Adigüzel

Ludmilla Antonov

Gülsen Arslan

Francoise Höhle

Serdar Isik

stellvertretender Vorsitzender

Suna Isik

Edin Muharemovic

Younes Qrirou

Boris Royak

Eda Sentürk

Tim van Slobbe

Vorsitzender

#### Verwaltung

Markéta Roska

#### Fraktionsdelegierte

Reinhard Hamel

Günther Semmler

Matthias Tampe-Haverkock

#### Entschuldigt:

#### Kreisausländerbeirat

Zayed Ali

Maria Alves

Rasim Azim

Veli Kurt  
Ivan Lappo-Danilevski  
Baris Mehder  
Mohamed Elfatih Mohamed Ibrahim Idries  
Surejan Mustafov  
Mohammad Hussein Ali Sari  
Mehmet Yildiz

### **Verwaltung**

Dirk Haas

### **Fraktionsdelegierte**

Isabel Jesus Domicke  
Ewa Wenig

## **1. Eröffnung und Begrüßung**

**Der Vorsitzende Tim VAN SLOBBE eröffnet um 19:10 die Sitzung. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.**

## **2. Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung des Ausländerbeirates am 11.06.2013**

**Die Niederschrift über die 20. Sitzung des Ausländerbeirates am 11. Juni 2013 wird einstimmig genehmigt.**

## **3. Fragen an Kandidatinnen und Kandidaten für den Hessischen Landtag**

**Der Vorsitzende leitet die Befragung der Politiker/innen mit der Feststellung ein, dass bei den anstehenden Wahlen zum Bundestag und zum Hessischen Landtag ein großer Teil der Anwesenden kein Wahlrecht besitzt. Durch die steigende Zahl von Einbürgerungen seien die durch den Ausländerbeirat ausgewählten Themen dennoch für viele Wählerinnen und Wähler von großem Interesse. Er erläutert, dass die Fragen des Ausländerbeirates aus dessen konkreter Arbeit hervorgegangen sind und sich von den Wahlprüfsteinen anderer Migrantenorganisationen unterscheiden.**

**Er bedauert auch, dass Menschen aus dem Ausland außerhalb der Europäischen Union noch immer kein Wahlrecht bei den Kommunalwahlen haben und macht auf die Fortsetzung der Kampagne für eine Erweiterung des Kommunalwahlrechts aufmerksam. Flyer und Unterschriftenlisten hierzu liegen aus.**

**Im Folgenden die Fragen und die Antworten der Parteien-Vertreter/innen in Stichpunkten:**

**Älter werden in Deutschland. Welche Nachhaltigen gesundheitsfördernden und präventiven Strukturen/Pflegemaßnahmen schlagen Sie vor, um eine**

**migrantengerechte Altersbetreuung und Altersversorgung zu gewährleisten?**

- SPD: kultursensible Schulungen / Pflege-Personal mit Migrationshintergrund und Sprachkenntnissen / Pflegesatz erhöhen
- CDU: Vorsorgeuntersuchungen bekannter machen / Sprachkompetenz / interkulturelle Schulungen für das Pflegepersonal / Anerkennung ausl. Berufsqualifikation
- FDP: Sprachbarrieren abbauen, z.B. durch mehrsprachige Informationen
- Grüne: auch ambulante Pflegedienste ausbauen / Zugang zur ärztlicher Versorgung für Menschen ohne Papiere
- Piraten: Mehr Angebote nach dem Vorbild eines türkischsprachigen Altersheims in Berlin / bilinguale Einrichtungen unterstützen

**Schule.** Wie stehen Sie zu unserer Forderung, außerschulisch erworbene Sprachkenntnisse als Schullaufbahnrelevante Leistung anzuerkennen? (Z.B. Anerkennung der Muttersprache als „2. Fremdsprache“)

- CDU: Positiv, sollte geprüft werden. Qualität des Abiturs muss gewahrt werden, Ungerechtigkeiten dürfen dadurch nicht entstehen / Stellenwert von Deutsch und Englisch soll bleiben
- Grüne: erworbene Sprachfähigkeiten vertiefen und verwerten ermöglichen, die Sprachen also an den Schulen unterrichten
- SPD: Gerhard MERZ hat sich stark für die Anerkennung der Fremdsprachen eingesetzt / Beispiel NRW – Türkisch als zweite Fremdsprache möglich
- FDP: ebenfalls dafür
- Piraten: entscheidend ist der Kulturwechsel zu einer Anerkennung der Sprachleistung vom individuellen Ausgangspunkt / auch Stellenwert des Englischen in Frage gestellt

**Partizipation.** Wie sehen Sie die Zukunft der Ausländerbeiräte?

- Grüne: Nicht alle Ausländerbeiräte funktionieren gut bzw. sind in der Kommunalpolitik verankert (auch niedrige Wahlbeteiligung), deshalb Integrationsausschüsse als Alternative (nicht als Ersatz, sondern als Option. Bsp. für Zusammensetzung: 50 % Kreistagsmitglieder, 50 % Angehörige der Integrationskonferenz (Vereine, Verbände – Integrationsvereinbarungen).
- FDP: Als demokratisch legitimierte Interessenvertretung haben sich Ausländerbeiräte bewährt und sollten weiterentwickelt werden. Auch die agah hat sich sehr bewährt, insbesondere bei Gesetzesvorhaben. Auf jeden Fall beibehalten
- CDU: Ausländerbeiräte sollten beibehalten werden. Problem: Wahlbeteiligung zu gering – parallel sollten Integrationsbeiräte entstehen, in denen auch Ausländerbeiräte vertreten sind (neben Vertreter/innen von Vereinen, Universitäten, Verbänden, Arbeitgeber usw.)
- SPD: Die Herausforderungen für die Ausländerbeiräte ändern sich, diese bleiben aber unverzichtbarer Bestandteil der

### **Gesellschaft**

- **Piraten: Wahlrecht für alle, die länger als drei Monate hier leben / Migranten werden nicht richtig vertreten (besser: „Migrantenbeiräte“) / Deutschkenntnisse sollten nicht als „Eingangstor“ zur Integration gesehen werden, Teilhabe ist auch anders möglich**

**§ 31 Aufenthaltsgesetz.** Unser AK Migrantinnen hat zwei Forderungen formuliert, die viele mit Deutschen (und Anderen) verheiratete ausländische Frauen betreffen:

- a) Die Dauer der ehelichen Lebensgemeinschaft, die bei Trennung oder Scheidung Zugang zu einem eigenständigen Aufenthaltsrecht erlaubt, soll wieder zwei Jahre betragen, in besonderen Härtefällen unter zwei Jahren.
- b) Die Dauer des Bezugs von Sozialhilfe, die nach Trennung oder Scheidung erlaubt ist, bis der Lebensunterhalt selbständig gesichert werden kann, soll auf mindestens 2 Jahre ausgedehnt werden.

Ist Ihre Partei bereit, diese Forderungen auf Bundesebene zu unterstützen?

- **CDU: Hintergrund des Gesetzes ist, dass Scheinehen in nur 2 Jahren nicht aufgedeckt werden können / auch Zwangsehen sind statistisch zurückgegangen / in individuellen Fällen werden Ausnahmen gemacht**
- **SPD: Traumatisierte Frauen sollten mehr Zeit haben zur Ruhe zu kommen. Frauen nicht noch stärker unter Druck setzen!**
- **Grüne: Ja**
- **FDP: Zu a) Auch zwei Jahre können problematisch sein / für eine Herabsetzung. Zu b) Zwei Jahre Sozialhilfe sind lang / besser vorhandene Härtefallregelungen nutzen**
- **Piraten: Nicht einzusehen, dass Extremfälle wie Zwangsehen zur Gesetzesbildung herangezogen werden / bedingungsloses Grundeinkommen wäre auch hier eine Lösung**

**Xenophobie.** Untersuchungen haben gezeigt, dass Rassismus und menschenverachtende Haltungen nicht nur ein „rechtsradikales Randphänomen“ sind, sondern in der Mitte der Gesellschaft verankert und weit verbreitet. Welche Konzepte schlägt Ihre Partei vor, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegen zu wirken?

- **Grüne: Anonyme Bewerbungen / Abschaffen der Extremismus-Klausel und Erhöhung der Projektförderung / Bekämpfung innerhalb staatlicher Institutionen / Landespolizeibeauftragten für Entgegennahme von Beschwerden / Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte**
- **CDU: Willkommenskultur schaffen / mehr Geld investieren in Bildung, Reisen, Wissen, Austausch als präventive Maßnahmen / Erkennbar machen, dass Vielfalt ein Wert für sich ist – z.B. durch Charta der Vielfalt / mehr Migranten in Polizeidienst und Verwaltung, vor allem in Führungspositionen / CDU muss rechten Rand integrieren**
- **FDP: Schule hat große Verantwortung gegenzusteuern / nicht**

nur Programme, sondern Gesellschaft „von unten“ (Bsp.: im Landkreis stehen viele zusammen, s. Lumdatal usw.)

- SPD: Abschaffung der Extremismus-Klausel / entschlossener Kampf gegen rechts (NPD-Verbot, Verfassungsschutz soll richtig arbeiten)
- Piraten: Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind Zeichen für eine Gesellschaft, die nicht mit sich im Reinen ist

Abschließend erläutert der Vorsitzende noch seine „Zusatzfrage“ zur Situation der Roma: Viele Roma beantragen in Deutschland Asyl, weil die Diskriminierung in ihrem Herkunftsland für sie untragbare Lebensbedingungen herstellt. Trotzdem werden sie aus Deutschland abgeschoben.

Die Anwesenden diskutieren die Problematik. Flüchtlingsseelsorger Hermann WILHELMY fordert eine Änderung des Asylrechts: Auch Armut müsse als Asylgrund anerkannt werden.

4. Anträge
------------

#### Antrag 1 (Interkulturelle Woche, Sprachenmesse)

Der Ausländerbeirat beschließt im Zusammenhang mit der Durchführung der Sprachenmesse am 24. September 2013 456, 83 € aus seinem Etat für folgende Ausgaben bereit zu stellen:

1. 70 Suppengutscheine á 3 € (Verpflegung für die Mitwirkenden) 210 €
2. große Weltkarte für den Vortrag über Ibn Battuta 30 €
3. Aufwandsentschädigung für den Chor „Stimme Afrikas“ (10 Personen) 150 €
4. Süßigkeiten und kleine Geschenkeartikel 40 €
5. Bioeinweggeschirr und -besteck 26,83 €

Die Beschlüsse über weitere Ausgaben für

1. Kopien, Dekoartikel, Fahrtkosten der Mitwirkenden
2. Zeitungsannoncen in den Anzeigeblättchen der Gemeinden
3. Rechtshilfe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gegen Musikauftritt der Percussiongruppe „Die Erde“

und Ähnliches sollen gegebenenfalls im Vorstand gemacht werden.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

#### Antrag 2 (Interkulturelle Woche, Konzert Refugees)

Der Ausländerbeirat beschließt einen Auftritt der Asylbewerberband „The Refugees“ am Abend des 24. September mit 165,- € für ein Abendessen für 11 Personen zu unterstützen.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

5. Mitteilungen und Anfragen
------------------------------

**Es werden noch einige Termine und die Absage der für den 16. September geplanten Kreistagssitzung bekannt gegeben.**

**Ausschussvorsitzender Tim van Slobbe schließt die Sitzung des Ausländerbeirates um 22:30 Uhr.**

**Tim van Slobbe  
Vorsitzender**

**Markéta Roska  
Schriftführerin**